

80 Jahre Beginn Zweiter Weltkrieg,
Begrüßung, Rede zum 1. September 1939, als 2.VS OB, Ruth Birkle
Bürgerpark, 1.9.2019

Der Sommer 1939 war schön und heiß. Der letzte Krieg gerade 20 Jahre vorüber. Das nationalsozialistische Deutschland steckte in finanziellen Schwierigkeiten, stand kurz vor dem Ruin: Es brauchte Expansion, am Ende den Krieg. Menschen, die 1914 als 20-jährige jubelnd in den Ersten Weltkrieg gezogen waren, hatten 25 Jahre später, am 1. September 1939 einen noch größeren Krieg vor sich. Dieses Mal gab es keinen Jubel, jedoch auch keinen nennenswerten Widerstand. Die Lüge vom polnischen Angriff rechtfertigte die Unterstützung des Überfalls auf Polen.

Gescheitert war auch Chamberlains Appeasement Politik von 1938, die Zugeständnisse an Hitler brachten nicht den ersehnten Frieden: Die Tschechoslowakei war zerschlagen, Österreich besetzt.

Die Unterstützung der deutschen Bevölkerung in den Jahren von 1933 bis 1939 ist immer wieder ein Rätsel, wird immer wieder kritisch betrachtet: schließlich gab es zahlreiche Zwangsmaßnahmen gegenüber der Bevölkerung, Festnahmen, Einschränkungen und Verbote. Die jüdische Bevölkerung war entrechtet und in vielen Fällen bereits aus dem Umfeld verschwunden; ebenso KPD- und SPD-Politiker, Wissenschaftler, Künstler oder Minderheiten wie Zeugen Jehovas, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderungen. Einiges war geschehen und umgesetzt, was wir rückblickend als permanente Bedrohung oder Schikane werten und doch: Die 15 Jahre vorher, die Jahre der Weimarer Republik von 1918 bis 1933, waren für viele eine herbe Enttäuschung.

Die erste deutsche Republik stand für Inflation und Weltwirtschaftskrise, politische Kämpfe, gescheiterte Regierungen, Kriegsschuldenerkennung und Reparationsleistungen: Die kurze kulturelle Blüte war keineswegs auch stabil materiell unterfüttert. Die junge Republik Weimar hatte außerdem von Anfang an viele Feinde. Verloren hatte die alte Elite aus dem Kaiserreich, die Verbindung von Thron und Altar war ebenso gescheitert wie die protestantische Kirche. Dazu kamen paramilitärische Verbände und republikfeindliche Parteien, die zu gefährlichen Gegnern wurden. Sozialdemokratie und Gewerkschaften konnten der Kritik und den Schwierigkeiten wenig entgegensetzen. Am Ende brachten Weltwirtschaftskrise, Produktionsrückgang, Zusammenbruch von Banken und Unternehmen sowie die hohe Arbeitslosigkeit die Regierung in eine prekäre Lage. Die

SPD entschied sich 1930 zusammen mit den Gewerkschaften, das erste sogenannte Präsidialkabinett von Heinrich Brüning zu tolerieren.

Es folgten diesem zwei weitere semi-diktatorische Präsidialkabinette mit den Reichskanzlern Franz von Papen und Kurt von Schleicher, mit denen ein Bruch mit der Demokratie in Kauf genommen wurde. Sie regierten per Notverordnungen und beschädigten die schwache Republik weiter, ebenso wie die Aufhebung des SA-Verbots am 16. Juni 1932. Doch auch die hohe Zahl der Notverordnungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie eine sich erholende Weltwirtschaft ab 1932 verhinderten nicht die Machtübertragung an Hitler.

Unterstützt von Armee, Justiz, Teilen der Beamtenschaft, finanziert von der Industrie und getragen von den faschistischen Gefühlen der Massen kam Hitler 1933 an die Macht und die bereits begonnene Arbeitsbeschaffungspolitik vollständig unter rüstungspolitische Vorzeichen: Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs waren ca. 64 Milliarden RM für die Rüstung ausgegeben. Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – die außerdem teilweise der Aufrüstung dienten – sechs Milliarden RM.

Wenn wir genau hinschauen, müssen wir bemerken: Der Bruch zu Hitler 1933 war für viele nicht so groß wie heute oft angenommen. Bereits vorher in Weimar eingeführte Maßnahmen wurden auch unter dem nationalsozialistischen Reichskanzler konsequent fortgesetzt. Vor allem wichtig waren der neuen Regierung die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, von denen die Zufriedenheit der Menschen abhing. So waren anfangs alle Arbeitsmarktregelungen, Steuerprogramme und Investitionshilfen vor allem daran ausgerichtet, die Arbeitslosigkeit zu senken. Undemokratisches Regieren mit Notverordnungen war ebenso bereits aus Weimar bekannt wie auch die Vorfinanzierungsinstrumente, die bereits ab 1932 zur Erholung der Wirtschaft beitrugen. Auch diese wurden forciert: 1933 wurde die MEFO (Metallurgische Forschungsgesellschaft, Kapital eine Mio. RM) gegründet, Gesellschafter waren die vier Rüstungsfirmen Krupp, Siemens, Deutsche Werke (Gutehoffnungshütte) und Rheinmetall. Mit dieser Scheinfirma wurden MEFO-Wechsel ausgegeben zur Finanzierung der Rüstungsproduktion.

Im Vergleich zu den Weimarer Jahren fühlten sich die Menschen sicher, sie hatten Arbeit und eine Regierung, die Deutschland an die Spitze der Welt setzen wollte, die das Heer wieder aufbaute und die demütigenden Schuldentzahlungen verweigerte. Die Demokratie

war bereits in Weimar zerstört worden und der Primat der Politik der nationalsozialistischen Ideologie brachte erst einmal Erfolg.

Die Zeit der Arbeitslosigkeit war vorbei: Rüstungsproduktion, Autobahnen, aber auch der Neubau von Schwimmbädern, Sportstadien oder auch der Ausbau kultureller Einrichtungen wie Theater schufen Arbeitsplätze. Mit Subventionen und verbilligten Tickets verdoppelte sich nicht nur die Zahl der Theaterschaffenden, sondern die Zuschauerzahlen verdreifachten sich. Ein propagandistischer Erfolg, ähnlich auch in der Filmbranche. Kein Land außer den USA hatte 1939 mehr Kinositzplätze als Deutschland. Propaganda, Freizeit und Glücksversprechen kamen zusammen. Auch der Freiwillige Arbeitsdienst, ab 1935 obligatorisch, die Einführung der Wehrpflicht 1935 und zahlreiche Einstellungen in den Partei- und Staatsapparat senkten die Arbeitslosigkeit weiter. 1936 kamen zu den Olympischen Spielen Gäste aus der ganzen Welt und bewunderten Deutschland. Kritik an Hitlers Regierung aus dem Ausland war gering, Verständnis und Toleranz erstaunlich groß. Die Unterstützung reichte bis zur ausbleibenden Reaktion bei der Besetzung von Österreich und der Annexion der sudetendeutschen Gebiete. Auch die deutsche Besetzung des restlichen Staatsgebiets der Tschecho-Slowakischen-Republik im März 1939 führte noch nicht zum Krieg, jedoch zur Garantieerklärung für die Unabhängigkeit Polens durch England und Frankreich.

Noch hielten die Raubzüge das Reich davon ab, in den Ruin zu schlittern. Doch der Krieg war nah. Bereits in der Krise von 1936 - es fehlten Devisen und Facharbeiter - gab Hitler als Ziele vor, dass Armee und Wirtschaft in vier Jahren einsatz- bzw. kriegsfähig sein sollten. Er setzte auf Autarkie und auf völkische Gemeinschaft, aber auch auf Kooperation von Staat und Großunternehmen. Unterstützung bekamen diese durch die Arbeitsfront, Modernisierungsmaßnahmen, Arbeitsdienste und Zwangsarbeit, aber auch durch die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft. Zuerst profitierte der einheimische städtische Handel. Das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ vom Juli 1933 richtete sich gegen die sog. Ostjuden, die in den Großstädten erfolgreich im Handel tätig waren. Es folgten u.a. Verkaufsverbote, die Kennzeichnung der Waren als „Deutsches Erzeugnis“ und andere Schikanen sowie 1935 die Nürnberger Gesetze. Am 9. November 1938 brannten nicht nur die Synagogen, sondern auch 29 Warenhäuser. In Folge kam es außerdem zu weiteren Gesetzen, mit denen die Juden vor der physischen Vernichtung wirtschaftlich vernichtet wurden. Wieviel Kapital dadurch dem Reich zur Verfügung stand, ist umstritten: Klar ist jedoch, dass auf unterschiedlichen Ebenen Konkurrenz ausgeschaltet wurde und Deutschtum aufgewertet.

So waren Entbehrungen, Konsumverzicht und aufgeschobene Versprechen wie z.B. das Auto für alle, der VW-Käfer, leichter zu ertragen als in Weimar.

Tatsächlich war der eliminatorische Antisemitismus zentral für die Glaubwürdigkeit nationalsozialistischer Ideologie: Expansion und Konsumverzicht brauchten nicht nur den Traum von einer besseren Zukunft, sondern auch die Aussöhnung und die Zusammenarbeit mit dem Großkapital.

Möglicher Widerstand hatte im Vorfeld versagt und war ausgeschaltet. Auch die beiden großen Kirchen widersetzten sich nicht. Am Ende sprachen auch sie angesichts des vorgetäuschten Überfalls für den Krieg.

Die Folgen sind bekannt und sie werden auch in Bruchsal immer sichtbar sein. Keine deutsche Geschichtsschreibung kommt an diesen zwölf Jahren vorbei. Nie und nie wieder gab es einen Krieg wie diesen, mit weltweiten Folgen, angezettelt vom Land der Dichter und Denker. Der Traum vom großgermanischen Reich endete mit 60 bis 65 Millionen Toten. Die Zahlen der Kriegsversehrten, Verletzten und traumatisierten Menschen liegen sicher um ein Vielfaches höher, sind aber kaum erfasst. Staatlich anerkannte Kriegsversehrte lebten in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eineinhalb Millionen Menschen. In der Debatte um die Kriegsschuld und das unfassbare Grauen der Shoah ging das eigene Leid zwangsläufig unter, die Traumatisierung der Nachkriegsgenerationen ist bis heute ein Tabuthema.

Wir kommen auch nach 80 Jahren nicht daran vorbei, bei der historischen Analyse zu erschrecken. Aktuell gibt es viele Bestrebungen, die Welt zu retten: Überlegungen zu anderen Demokratieformen und kollektivistische Ansätze bis hin zu Autarkie-Forderungen oder Rufe nach dem Primat der Politik. Es handelt sich dabei um Konzepte, die wir aus der Zeit von Weimar und aus dem Nationalsozialismus kennen. Auch wenn heute einiges anders ist: Wir müssen kritisch bleiben und beobachten, wohin die Ideen führen, die bis heute Anziehungskraft haben, gefährlich waren und werden können.

Der Blick in die Geschichte ist anstrengend und führt zu schlaflosen Nächten. Doch vielleicht verhilft er uns zu tieferer Einsicht, vielleicht schaffen wir es, mit dem Blick zurück Gefahren zu erkennen, um nicht alte Fehler zu wiederholen und an einer lebenswerten Welt für alle zu arbeiten, geschichtsbewusst und demokratisch für Frieden und Freiheit.

Ich wünsche Ihnen und Euch einen schönen Restsonntag und danke fürs Zuhören.